

Verlängerung des Gentech-Moratoriums

Für Qualität und Unabhängigkeit unserer Nahrung

Im Rahmen der Agrarpolitik 2014–17 ist das Parlament im Begriff, für weitere vier Jahre keine Bewilligungen für den kommerziellen Anbau von Gentech-Pflanzen zuzulassen. Die Landwirtschaftsdebatte ist der richtige Ort für die Moratoriumsverlängerung.

Herbert Karch

Der Nationalrat hat bereits im September entschieden: Mit 112 zu 62 Stimmen folgte er dem Antrag der vorberatenden Wirtschaftskommission, weiterhin keine Bewilligungen für den landwirtschaftlichen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zuzulassen. Statt bis 2013 soll das Moratorium bis Ende 2017 dauern. Es kann erwartet werden, dass auch der Ständerat dieser Linie folgen wird. Dass die Frage der Moratoriumsverlängerung an die Landwirtschaftsdebatte gekoppelt wurde, ist von der Sache her begründet. Das Moratorium betrifft den Agrarbereich. Es ist der kommerzielle Anbau von Gentech-Pflanzen, für den keine Bewilligungen erteilt werden. Forschungsversuche und alle medizinischen Anwendungen unterstehen den Gentechnikgesetzen für den Human- und den Ausserhumanbereich. Ausgelöst wurde die Verlängerung des Gentech-Moratoriums durch eine Motion von CVP-Nationalrat Markus Ritter, Biobauer im St. Galler Rheintal (gentechfrei-info vom September). Die Motion erzielte im Nationalrat sehr hohe Zustimmung und könnte als «Express-Vorstoss» in die Geschichte eingehen. Denn kaum vom Parlament überwiesen, wird die Motion durch die Beschlüsse zur AP2014–17 bereits umgesetzt.

Qualitätsstrategie und Ernährungssouveränität

Die Parlamentsdebatte um die Agrarpolitik 2014–17 hat die Qualitätsstrategie als künftige Ausrichtung der schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft weiter in den Vordergrund gerückt. Diese Strategie soll die Marktchancen verbessern. Zur Profilierung



Keine Gentechpflanzen auf Schweizer Äckern. Der Nationalrat möchte das Moratorium bis Ende 2017 verlängern. Bild: LID

der Schweizer Lebensmittel am Markt gehört der Verzicht auf Gentechnik. Neu ist im Landwirtschaftsgesetz das Prinzip der Ernährungssouveränität verankert. Der Bund soll die Landwirtschaftsmassnahmen so ausgestalten, dass die Schweiz eigenständig die Nahrungsversorgung sicherstellt. Wenn man diesen Auftrag ernst nimmt, dann dürfen Futtermittelimporte nicht weiter wachsen und die Beschaffung von Saatgut muss weniger abhängig von globalen Agrokonzernen werden.

Ausserordentlich rasche politische Umsetzung

Dank der raschen politischen Umsetzung bleibt es in der Schweiz beim landesweiten Verzicht auf Gentech-Lebensmittel. Dies stärkt die Ernährungsversorgung und wird von Bauern und Konsumenten breit akzeptiert und geschätzt. Die Lebensmittelhersteller und der Handel werden von Zusatzkosten für die Warentrennung verschont. Selbst für die Wissenschaft ist die klare Ausgangslage ein Vorteil. Denn es bleibt mehr Zeit, um die Kenntnisse über die Risiken der gentech-

nisch veränderten Organismen für Umwelt und Gesundheit zu vertiefen, nachdem eine neue Studie aus Frankreich die Kontroverse darüber neu entfacht hat.

Politischer Erfolg in kurzer Zeit

Gentechfreie Landwirtschaft bis 2017

- März 12** NR Ritter (+121 Mitunterzeichner) verlangen per Motion, das Gentech-Moratorium bis 2017 zu verlängern.
- Aug. 12** Die Wirtschaftskommission des Nationalrates will die Verlängerung bereits in der Agrarpolitik 2014–17
- Sept. 12** Der Nationalrat unterstützt die Motion Ritter (123 Ja : 62 Nein) und stimmt in der AP2014–17 für die Verlängerung bis 2017 (112 : 62)
- Nov. 12** Die Wirtschaftskommission des Ständerates folgt dem Beschluss des Nationalrates.
- Dez. 12** Ständerat wird Beschluss fassen zu AP2014–17 und Motion Ritter
- März 13** Schlussabstimmungen im National- und Ständerat zur AP2014–17

SAG aktuell

Die SAG in den Medien zur Programmsynthese des Nationalen Forschungsprogramms NFP 59

NZZ:

Die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG), die massgeblich das Gentech-Moratorium in der Schweiz befördert hatte, kritisiert in einer Stellungnahme die «tendenziösen» Zusammenfassungen und Empfehlungen im Schlussbericht des NFP 59. «Aussagen zur Entlastung von Risiken werden zugespitzt», schreibt die SAG. Und die «insgesamt ernüchternden Ergebnisse zum wirtschaftlichen Nutzen für die Schweizer Landwirtschaft» würden «mit spekulativen Zukunftserwartungen geschönt».

Tagesanzeiger:

Die gentechkritische Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie etwa bemängelt, dass im Synthesebericht der Nutzen falsch dargestellt werde. Die Kostenvorteile im Ackerbau seien marginal. Zudem würde das Vertrauen in die naturnahe Produktion gefährdet.

BAZ:

«Auch die Vertreter von Umweltorganisationen, Marianne Künzle von Greenpeace und Herbert Karch von der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie, warfen den Studienautoren eine einseitige Betrachtungsweise vor...»

WoZ:

Die gentechkritische Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG) wiederum bezeichnete den Befund, dass die Freilandversuche gegenüber den Erkenntnissen aus Labor und Gewächshaus Überraschungen zeitigten, als «Trivialität».

Blick, Zürichseezeitung, Radio DRS ua. (sda Meldung):

Eine Verlängerung des Anbau-Moratoriums bis 2017 fordert auch deren Initiantin, die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG). Die Dachorganisation von 26 Verbänden aus den Bereichen Umwelt, Naturschutz, Tierschutz, Medizin, Entwicklungszusammenarbeit, biologischer Landbau und Konsumentenschutz kritisierte das NFP 59 als tendenziös.

Programmsynthese des Nationalen Forschungsprogramms NFP 59

Wissenschaft im Dienst der Industrie?



Ginge es nach dem Willen des Nationalfonds, müssten in der Schweiz bald Zonen für den gentechfreien Anbau geschaffen werden. Bild: Greenpeace/Thomas Stutz

Gentech-Pflanzen – kein Risiko! Das war die Schlagzeile nach der Präsentation des Syntheseberichtes des NFP 59 zu den Chancen und Risiken der Freisetzung von Gentech-Pflanzen.

Paul Scherer, SAG-Geschäftsstelle

Die «Kein-Risiko-Aussage» grenzt an Fahrlässigkeit, bedenkt man, dass im Rahmen des NFP 59 kein einziges Projekt zu Gesundheitsrisiken durchgeführt wurde. Lediglich aufgrund bestehender Studien kommt man zum Schluss, gentechnisch veränderte Pflanzen schaden weder der menschlichen Gesundheit noch der Umwelt. Urs Niggli, Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL), Mitglied der Begleitgruppe des NFP 59, sagte laut Radio DRS dazu: «Es gab ein Riesenbedürfnis, die Gentechnik als nützlich darzustellen. Die Literaturstudie hat wissenschaftliche Erkenntnisse, die nicht ins Schönwetterbild passten, systematisch als irrelevant disqualifiziert.»

Die Eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich EKAH kritisiert, dass aus risikoethischen Überlegungen «die Ergebnisse des NFP 59 keine solch abschliessenden Aussagen erlauben». Die EKAH fordert eine unabhängige Risikoforschung. Unverständlich ist auch die Folgerung, eine

Koexistenz sei in der Schweiz möglich. Die Rechnung des NFP 59 unterschlägt die Kosten für Kontrolle und getrennte Verarbeitungswege. Zudem: Die Rentabilitätsberechnung bei Mais beruht auf einem Isolationsabstand von 150m. Das Szenario ungünstig (300m) wurde gar nicht aufgenommen – es passte nicht in die Schlussfolgerung.

Einseitig ist auch die Auslegung des Begriffes Wahlfreiheit. Die EKAH schreibt dazu: «Wahlfreiheit kann man als Anspruchs- oder als Abwehrrecht auffassen. Als Anspruchsrecht, zwischen mehreren Optionen wählen zu dürfen, als Abwehrrecht, dass niemand zu einer bestimmten Option gezwungen werden darf.» Schon 2003 hatte die EKAH das Abwehrrecht gefordert. Sie beruft sich auf Art. 7 des Gentechnikgesetzes. Der Staat habe die Pflicht, dafür zu sorgen, dass gentechfreie Pflanzen am Markt erhältlich bleiben, auch wenn gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) freigesetzt werden, sei aber nicht verpflichtet, den Zugang zu GVP zu garantieren.

Das Klima unter den Forschern sei vergiftet gewesen, schreibt die WoZ. Simon Zeller, einer der am Weizenfreisetzungsvorhaben beteiligten Forscher sagt, er sei über die Präsentation der NFP-59-Resultate sehr frustriert gewesen. «Am Schluss hat das Lager derer, die eine klare Empfehlung zugunsten der Gentechnik abgeben wollten, das Ruder herumgerissen.»

Gentech-Mais unter Verdacht!

Französische Forscher haben in einer Langzeitstudie herausgefunden, dass mit Gentech-Mais gefütterte Ratten früher sterben. Die Diffamierungskampagne gegen die Forschungsgruppe liess nicht lange auf sich warten.

Denise Battaglia

«Ja, gentechnisch veränderte Organismen sind Gift!», titelte die französische Wochenzeitschrift «Le nouvel Observateur», die als erste über die bislang geheim gehaltene Studie von Gilles-Eric Séralini schrieb. Die Forschergruppe um den Professor für Molekularbiologie an der Universität Caen hatte in einer Langzeitstudie festgestellt, dass Ratten, die mit dem Gentech-Mais NK603 des US-Herstellers Monsanto gefüttert worden waren, früher starben als Ratten, die konventionellen Mais erhalten hatten. Eine Gruppe der Versuchstiere hatte zudem Gentech-Mais erhalten, der mit dem Herbizid Roundup behandelt worden war, gegen das die Pflanze mittels Genmanipulation widerstandsfähig gemacht wurde.

Tumore treten bis fünfmal häufiger auf

Die weiblichen Versuchstiere hatten zwei- bis fünfmal häufiger Tumore im Milchdrüsen-gewebe entwickelt als jene in der Kontrollgruppe. Die männlichen Tiere litten vermehrt an Leber- oder Nierentumoren. «Le nouvel Observateur» zeigte Bilder der erkrankten Nager, deren Körper von riesigen Geschwüren verunstaltet waren, und schrieb: «Das Resultat ist eine echte Bombe.»

In der Tat schlug die Studie ein wie ein Bombe: Nur wenige Stunden nach deren Publikation wurden die Resultate in einer wundersam konzertierten Aktion von anderen Wissenschaftlern in der Luft zerrissen. Sie warfen Séralini fehlerhafte Methode vor und stellten ihn als unseriösen Forscher hin. Die Attacke wurde von den meisten Medien ohne zu hinterfragen übernommen.

«Regelrechtes Mobbing»

Dass sich plötzlich scheinbar unabhängige Forscher als Hüter der Wissenschaft auführen, welche zuvor aber nie eine Studie der Industrie in Frage gestellt hatten, macht stutzig. «Man hat den Eindruck, da findet ein regelrechtes Mobbing statt», sagte Christoph

Then in einem Interview. Then beschäftigt sich seit 20 Jahren mit den Folgen der Gentechnik und leitet unter anderem das Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie in Deutschland. Offensichtlich hoffe die Industrie, dass man Séralini «als Wissenschaftler kaltstellen kann». Auch Angelika Hilbeck, Agrarökologin an der ETH, spricht von einer professionell orchestrierten «Diffamierungskampagne»: «Und weil es hier um etwas wirklich Wichtiges geht, schiessen sie nun mit dem ganz grossen Kaliber auf Séralini.» Hilbeck weiss, wovon sie spricht: Sie wurde ebenfalls attackiert, als sie in Untersuchungen herausfand, dass ein anderer Gentech-Mais und die von ihm produzierten Insektizide auch Florfliegen- und Marienkäferlarven schädigen. Sie konnte hingegen die Resultate in weiteren Studien bestätigen.

Inzwischen haben Hunderte Forscherinnen und Forscher auf der ganzen Welt einen offenen Brief (Séralini and Science: an Open Letter) unterschrieben, in dem sie eine ehrliche, ausgewogene Debatte über diese und andere Risikostudien sowie unabhängige Forschung fordern. Zumindest die bisher gemachten Vorwürfe gegen die Studie von Séralini sind unhaltbar:

1. So warfen ihm die Kritiker vor, er habe mit «Sprague-Dawley» einen für Krebs anfälligen Rattenstamm gewählt. Tatsache ist: Auch Monsanto verwendete für ihre Tests, welche den europäischen Zulassungsbehörden als Basis dienten, diesen Rattenstamm.
2. Die Kontrollgruppe bestand aus 10 männlichen und 10 weiblichen Ratten. Das sei zu wenig, wird kritisiert. Doch Séralini hielt sich bezüglich der Anzahl der Tiere an die Vorgaben der OECD für toxikologische Studien. Monsanto hat zudem ihren Gentech-Mais ebenfalls nur an jeweils 10 Ratten getestet. Diese Analyse reichte für die Zulassung aus.

Die Studie von Séralini wurde von einer Peer-Review-Gruppe begutachtet, bevor sie im amerikanischen Wissenschaftsmagazin «Food and Chemical Toxicology» publiziert wurde. Bemerkenswert an der Studie ist, dass sie sich über zwei Jahre erstreckte, also über die ganze Lebensdauer der Ratten. Die Untersuchungen der Industrie – welche die Basis für die Zulassung durch die Behörden bilden – dauern in der Regel nicht länger als



Es braucht mehr unabhängige Langzeitstudien, um etwas über die Risiken von gentechnisch manipulierten Pflanzen aussagen zu können. Bild: Gerd Spelsberg/biosicherheit.de

90 Tage. Die Studie von Séralini und seinen Kollegen zeigt vor allem eines: Dass es mehr unabhängige Langzeitstudien braucht, um etwas über die Risiken von gentechnisch manipulierten Pflanzen aussagen zu können. Denn in diesem Fall entwickelten die mit Gentech-Mais gefütterten Ratten frühestens nach vier Monaten Tumore. Die französische EU-Abgeordnete Corinne Lepage fragte sich in der Huffington Post, warum sich die Gentech-Debatte so stark auf die Frage der Kontamination konzentrierte und nicht zuerst auf die Gesundheitsrisiken. Dass GVO-Pflanzen kein Gesundheitsrisiko für den Menschen darstellen würden, werde wie ein Dogma behauptet, «und dies obwohl keine einzige Studie dieses Dogma bestätigen konnte». Ob der Gentech-Mais und/oder das Herbizid Roundup tatsächlich krebserregend sind, müssen nun von der Industrie unabhängige Langzeit-Krebsstudien zeigen. Bis dahin sollte der verdächtige Mais vom Markt genommen werden.

Und was machen die Kontrollbehörden? Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA, der wiederholt Verbindungen zur Industrie nachgewiesen wurde, ist zum Schluss gelangt, dass die Studie nicht den wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, um für eine Risikobewertung in Betracht gezogen zu werden. Für Séralini ist die industriefreundliche Haltung der sogenannten Sicherheitsbehörden offensichtlich keine grosse Überraschung. In einem Interview gegenüber dem TV-Sender Arte sagte der angegriffene Forscher: «Der eigentliche Skandal ist, dass die Risikobewertung seit 15 Jahren in der Hand von Behörden liegt, die nicht unabhängig sind.»

Deutschland: Hauptsächlich Gentech-Soja in den Futtertrögen

Wer in Deutschland Fleisch, Eier oder Milch aus konventioneller Erzeugung verzehrt, muss davon ausgehen, dass die Produkte von Tieren stammen, die Gentech-Soja in ihrem Futter hatten. Dies zeigt eine Studie des WWF Deutschland. Gemäss der Studie stammen über 80 Prozent aller Soja-Importe von gentechnisch veränderten Pflanzen. Um den KonsumentInnen eine Wahl zu ermöglichen, fordert der WWF, dass tierische Lebensmittel zu kennzeichnen sind, wenn bei der Fütterung Gentech-Pflanzen verwendet werden.

Baden-Württemberg setzt auf Gentechnikfreiheit

Baden-Württemberg ist im Oktober dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Das Bundesland will damit ein politisches Signal gegen Agrogentechnik und für sichere Lebens- und Futtermittel setzen. Mit dem Beitritt verpflichtet sich Baden-Württemberg, die gentechnikfreie Landwirtschaft zu schützen. Dem Europäischen Netzwerk gehören 57 Regionen mit mehr als 150 Millionen EinwohnerInnen an.

USA: Anbau von Gentech-Pflanzen steigert Herbizideinsatz

Herbizidtolerante Gentech-Sorten dominieren die Soja-, Mais- und Baumwollfelder der USA. Charles Benbrook von der Washington State University untersuchte, wie sich der Anbau auf den Herbizidverbrauch auswirkt. Er zeigt auf, dass die herbizidtoleranten Sorten nicht – wie von der Industrie versprochen – zu einer Senkung, sondern zu einem Anstieg des Herbizidverbrauchs führen. Die Menge an zusätzlich eingesetzten Herbiziden stieg von 8 Millionen Kilogramm im Jahr 2003 auf 35 Millionen Kilogramm 2009. Für 2011 ermittelt Benbrook eine Erhöhung um 25 Prozent, also um 40 Millionen Kilogramm. Der Grund für den Anstieg: Auf immer mehr Anbauflächen wachsen Wildkräuter, die eine Toleranz gegen die eingesetzten Herbizide entwickelt haben.

Impressum

Herausgeberin: sag schweizerische arbeitsgruppe gentechnologie, postfach 1168, 8032 zürich
telefon 044 262 25 63, fax 044 262 25 70
info@gentechnologie.ch, www.gentechnologie.ch
postcheck 80-150-6 Redaktion: Hanna Diethelm,
Paul Scherer, Benno Vogel Gestaltung: Bringolf Irion
Vögeli GmbH, Zürich Druck: ropress genossenschaft,
Zürich Auflage: 11'300 Ex., erscheint 4 bis 6 mal jährlich,
im SAG-Mitgliederbeitrag enthalten Papier: RecyStar,
100% Recycling aus Altpapier ohne optischen Aufheller

Bald Muttermilchersatz von Gentech-Kühen?

In Neuseeland haben Forschende eine Gentech-Kuh erzeugt, die Milch ohne Beta-Laktoglobulin liefert. Da dieses Eiweiss, das in der menschlichen Milch nicht vorkommt, bei Kleinkindern Allergien auslösen kann, hoffen die Forschenden, bald einen allergenarmen Muttermilchersatz auf den Markt zu bringen. Sie sind nicht die einzigen, die Kuhmilch der menschlichen Muttermilch anpassen wollen. In Argentinien haben Forschende eine Kuh so manipuliert, dass sie in ihrer Milch zwei Proteine bildet, die sonst in menschlicher Muttermilch enthalten sind. Und in China soll eine Herde von 300 Gentech-Kühen existieren, die vermenschlichte Milch produziert. Falls Milch von Gentech-Kühen jemals auf den Markt kommt, dürfte sie dort kaum Absatz finden – zumindest nicht in Europa. Laut



Kühe sollen dank Gentechnik den optimalen Muttermilchersatz produzieren. Bild: Macieklew

einer aktuellen Untersuchung lehnen europäische KonsumentInnen nämlich Lebensmittel von Gentech-Tieren noch stärker ab als Produkte aus Gentech-Pflanzen.

Evangelische Kirche warnt vor Biopatenten



Wenn Saatgut patentiert wird, droht eine Monopolisierung unserer Nahrungsgrundlagen.

Bild: Angela Franke/Greenpeace

Patente auf Tiere und Pflanzen sollten – wenn überhaupt – «nur unter Einhaltung strengster Kriterien» erteilt werden. So lautet einer der Schlüsse einer Studie über Biopatente der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Amtskirche warnt davor, mit der bisherigen Praxis der Erteilung von Biopatenten fortzufahren. Diese führe zu einer Abnahme der Vielfalt an Pflanzensorten und Tierrassen, behindere die landwirtschaftliche Forschung und Züchtung und fördere die Privatisierung von traditionellem Wissen. Um die Probleme der gängigen Praxis zu beheben, wird eine Reform des Patentrechts gefordert. Eine noch bessere Lösung sieht die EKD darin, das klassische Sortenschutzrecht der Biopatentierung vorzuziehen.

Mit ihrer aktuellen Studie sorgt die EKD für neuen Schub in der Biopatent-Debatte. Bereits im Mai hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, in der das Europäische Patentamt dazu aufgefordert wird, Sorten und Rassen aus konventioneller Zucht von der Patentierbarkeit auszuschliessen. Im September übergab das Bündnis «Keine Patente auf Saatgut» dem Europäischen Parlament 70'000 Unterschriften gegen Patente auf Pflanzen und Tiere.

Die EKD vertritt die Interessen von rund 24 Millionen Menschen, einem Drittel der Deutschen. Die Studie über Biopatente ist bei www.ekd.de unter der Rubrik EKD & Kirchen > Publikationen > EDK-Texte abrufbar.